

F20/20.00

**Haushaltssatzung  
der Stadt Dormagen  
für das Haushaltsjahr 2017**  
vom 06.03.2017 (Fn 1)

§ 1	.....	2
§ 2	.....	2
§ 3	.....	2
§ 4	.....	2
§ 5	.....	3
§ 6	.....	3
§ 7	.....	3
§ 8	.....	4
§ 9	.....	4
Bekanntmachung der Haushaltssatzung	.....	4
Hinweis	.....	5

Zuständig: F20 / 20 Fachbereich Finanzen / Allgemeine Finanzwirtschaft  
Ansprechpartner: Christoph Haupt, Telefon 02133/257552

---

## Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung

### 1. Haushaltssatzung der Stadt Dormagen für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. 1994 S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV. NRW. S. 966), hat der Rat der Stadt Dormagen mit Beschluss vom 20.12.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

#### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Dormagen voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der <b>Erträge</b> auf	151.916.800 €
dem Gesamtbetrag der <b>Aufwendungen</b> auf	151.455.600 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der <b>Einzahlungen</b> aus <b>lfd. Verwaltungstätigkeit</b> auf	135.591.800 €
dem Gesamtbetrag der <b>Auszahlungen</b> aus <b>lfd. Verwaltungstätigkeit</b> auf	142.885.500 €

dem Gesamtbetrag der <b>Einzahlungen</b> aus der <b>Investitionstätigkeit</b> auf	20.568.500 €
dem Gesamtbetrag der <b>Auszahlungen</b> aus der <b>Investitionstätigkeit</b> auf	23.755.600 €

dem Gesamtbetrag der <b>Einzahlungen</b> aus <b>Finanzierungstätigkeit</b> auf	13.013.300 €
dem Gesamtbetrag der <b>Auszahlungen</b> aus <b>Finanzierungstätigkeit</b> auf	577.000 €

festgesetzt.

#### § 2

Der Gesamtbetrag für Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf	13.000.000 €
---	--------------

festgesetzt.

#### § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird für 2017 auf 2.892.000 € festgesetzt.

#### § 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

---

**§ 5**

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 60.000.000 € festgesetzt.

**§ 6**

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - 1.1 für die land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 241 v. H.
  - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 435 v. H.
2. Gewerbesteuer auf 450 v. H.

Die Angaben der Steuersätze haben nur deklaratorische Bedeutung, da der Rat der Stadt Dormagen die Hebesätze mittels separater Satzung beschließt.

**§ 7**

1. Nach § 83 Abs. 1 GO NRW entscheidet der Kämmerer über die Leistung unerheblicher über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Als unerheblich gelten:
  - 1.1. über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit bis zu einer Höhe von 50.000 € im Einzelfall,
  - 1.2. über- und außerplanmäßige Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit bis zu einer Höhe von 100.000 € im Einzelfall,
  - 1.3. über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit – unabhängig von ihrer Höhe – wenn sie aufgrund rechtlicher oder vertraglicher Verpflichtungen zu leisten sind.
2. Soweit im Laufe des Haushaltsjahres über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen erteilt werden müssen, entscheidet im Rahmen der Vorschriften nach § 85 GO NRW der Kämmerer:
  - 2.1. in unbegrenzter Höhe, wenn in den Jahren, zu deren Lasten die Verpflichtungsermächtigung erteilt wird, Auszahlungen in mindestens gleicher Höhe in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind,
  - 2.2. bis zu einer Höhe von 250.000 €, soweit in den Jahren, zu deren Lasten die Verpflichtungsermächtigung erteilt werden soll, Auszahlungen nicht in mindestens gleicher Höhe in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind.

## § 8

Nach § 3 Abs. 1 Landesbesoldungsgesetz NRW wird der Bürgermeister ermächtigt, Beamte mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle einzuweisen, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichwertigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

## § 9

Die Wertgrenze für die Darstellung von Investitionen aus Einzelmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 4 Abs.4 Satz 2 GemHVO NRW wird auf 50.000 € festgesetzt.

## 2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW dem Landrat des Rhein-Kreises Neuss als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 07.02.2017 angezeigt bzw. zur Genehmigung vorgelegt worden.

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme vom 09.03.2017 bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2016 im Neuen Rathaus, Paul-Wierich-Platz 2, 41539 Dormagen, Fachbereich Finanzen, 2. Obergeschoss, Zimmer 2.42,

montags bis mittwochs und freitags von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr  
donnerstags (nachmittags) von 14.00 Uhr bis 18:00 Uhr  
und nach Vereinbarung (Tel. 02133/257-552)

öffentlich aus bzw. ist unter der Adresse [www.dormagen.de](http://www.dormagen.de) im Internet verfügbar.

### **Hinweis gemäß § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO NRW)**

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Dormagen, den 06.03.2017

Der Bürgermeister  
In Vertretung

Gaspers  
Beigeordnete und Kämmerin

**Hinweis**

**Fn 1** Öffentlich bekanntgemacht im Rheinischen Anzeiger Nr. 10/2017 vom 08.03.2017.